

Ke-Chin Hsia, Victims' State. War and Welfare in Austria, 1868–1925. Oxford, Oxford University Press 2022

Nils Löffelbein

Article - Version of Record

Suggested Citation:

Löffelbein, N. (2025). Ke-Chin Hsia, Victims' State. War and Welfare in Austria, 1868–1925. Oxford, Oxford University Press 2022: 336 S., Abb., £ 35,99 [Review of Ke-Chin Hsia, Victims' State. War and Welfare in Austria, 1868–1925. Oxford, Oxford University Press 2022: 336 S., Abb., £ 35,99]. Historische Zeitschrift, 320(3), 767–769. De Gruyter Oldenbourg. <https://doi.org/10.1515/hzhz-2025-1151>

Wissen, wo das Wissen ist.



UNIVERSITÄTS-UND
LANDESBIBLIOTHEK
DÜSSELDORF

This version is available at:

URN: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:061-20260330-122005-1>

Terms of Use:

This work is licensed under the Creative Commons Attribution 4.0 International License.

For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

torischen Präferenzen führt schlussendlich dazu, dass dieses Buch der Forschung 15 bis 20 Jahre hinterherhinkt. Man hätte sich mehr erhofft.

Ke-Chin Hsia, Victims' State. War and Welfare in Austria, 1868–1925. Oxford, Oxford University Press 2022. 336 S., Abb., £ 35,99 / open access.

// DOI 10.1515/hzhz-2025-1151

Nils Löffelbein, Düsseldorf

Der Erste Weltkrieg mit seinen Millionen von Kriegsoptionen stellte die Wohlfahrtsysteme aller kriegsführenden Nationen vor gewaltige Herausforderungen. Die Frage nach der sozialstaatlichen Versorgung der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen ist auch für die Habsburgermonarchie und ihre Nachfolgestaaten mittlerweile intensiv erforscht worden, wobei die österreichische Militärversorgung zumeist als eine Abfolge von Misserfolgen eines geschwächten Imperiums und seiner ebenso instabilen Nachfolgestaaten beschrieben worden ist.

Dem Verhältnis von Krieg und Sozialpolitik widmet sich auch die vorliegende Studie von Ke-Chin Hsia, in der er die Entwicklung der staatlichen Unterstützung für österreichische Militärversehrte und deren Angehörige von 1868 bis 1925 in den Blick nimmt. Obwohl das Thema zunächst eng gefasst erscheint, geht Hsia über eine reine Untersuchung der Opferfürsorge hinaus. Der Umgang mit den massiven Verlusten des Weltkriegs steht für ihn stellvertretend für die tiefgreifende Transformation der österreichischen Sozialpolitik seit 1914 und markiert zugleich die grundstürzenden gesellschaftlichen und politischen Veränderungen im Übergang von der Habsburgermonarchie zur Ersten Republik Österreich.

Im Gegensatz zu bisherigen Untersuchungen bezieht Hsia auch die sozialpolitische Entwicklung der Vorkriegsjahrzehnte ein und verfolgt diese von der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahr 1868 über den Ersten Weltkrieg bis in die frühen Jahre der Ersten Republik. Hsia betont denn auch vor allem die Kontinuitäten zwischen den Sozialpolitikansätzen der alten Habsburgermonarchie, den Reformbestrebungen während des Krieges und den Maßnahmen der Nachkriegszeit in Österreich und hinterfragt damit die entscheidende Zäsur des Jahres 1914 in der Behandlung der Kriegsoptionen. Das Buch kreist daher immer wieder darum, dass der neu entstehende Wohlfahrtsstaat der Nachkriegsepoche zwar einerseits durch die „complex interactions“ (S. 9) von Krieg, Revolution und Massendemokratisierung aus der

Taufe gehoben wurde, zugleich aber auch die starken Traditionen der Bürokratie des Kaiserreichs mit seinen Überresten einer korporativen sozialen Hierarchie mit aufnahm. Kritisch anzumerken ist hier sicherlich, dass sich der weitaus größte Teil des Buches dennoch vorwiegend der Kriegs- und Nachkriegszeit widmet, die Jahre bis 1914 hingegen lediglich in Form eines Prologs abgehandelt werden.

Die Studie basiert auf einem breiten Spektrum unterschiedlicher Quellen, darunter sowohl staatliches Aktenmaterial als auch Unterlagen von Wohlfahrtsorganisationen und der Veteranenvereinigungen. Dies ermöglicht es, detailliert zu analysieren, wie Veteranen politischen Druck durch Lobbyarbeit aufbauten, um ihre Interessen durchzusetzen. Gleichzeitig werden die Strategien und Ziele der Regierungsbeamten deutlich, die für die Umsetzung der Wohlfahrtspolitik verantwortlich waren.

Hsia argumentiert zunächst überzeugend, dass die Versorgungsstrukturen der Vorkriegsära bis weit in die Kriegszeit überdauerten. Noch 1918 betrachtete das Imperium Wehrpflichtige nicht als Bürger mit Anspruch auf Wohlfahrt, sondern als Angestellte des Staates, die für Kriegsverletzungen entschädigt wurden. Zudem wurden Berufssoldaten, insbesondere Offiziere, weiterhin durch das Militärfürsorgegesetz von 1875 privilegiert. Die Unterstützung von Kriegsopfern blieb in den Jahrzehnten vor dem Krieg dementsprechend stark hierarchisch geprägt. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs und die enormen Verluste führten schließlich zu einer tiefgreifenden Krise des bisherigen Systems, da sich der Staat rasch außerstande sah, die große Zahl von Verehrten und Hinterbliebenen angemessen zu versorgen. Bis 1917 wuchs der Druck durch die immensen Wohlfahrtslasten kontinuierlich, so dass Reformen unausweichlich wurden. Die Gründung des österreichischen Ministeriums für soziale Fürsorge Anfang 1918 war eine Folge davon.

Doch die Monarchie ging unter und die Reformen verpufften – die neu gegründete Republik erbte eine zersplitterte und unzureichende Kriegsopfersfürsorge. Die neue Regierung setzte auf demokratischere Strukturen, auch im Bereich der sozialen Fürsorge. Ein bedeutender Schritt war das Invalidenentschädigungsgesetz von April 1919, das den Betroffenen nicht nur Unterstützung zusprach, sondern ihnen auch Mitspracherechte bei der Gestaltung der Hilfsmaßnahmen einräumte. Gerade die Veränderungen in der Kriegsopfersfürsorge stellten Hsia zufolge einen bedeutenden Schritt hin zur Herausbildung des modernen Sozialstaats dar. Inwieweit die Reformen in der Kriegsopfersfürsorge konkret als Vorbild für andere soziale Reformen dienten, lässt der Autor jedoch offen.

Die Veteranenorganisationen gewannen nach 1918 großen politischen Einfluss und setzten sich erfolgreich für die Rechte der Kriegsversehrten ein. Interessanterweise zeigt der Verfasser hier, dass die Kriegsofervverbände, insbesondere der mitgliederstarke Zentralverband, als Aktivisten, Lobbyisten und Partner des republikanischen Staates agierten und so in den ersten Nachkriegsjahren zu einem stabilisierenden Faktor des jungen Staates („stakeholders in the new system“, S. 231) wurden. Die Einführung des Invalidenentschädigungsgesetzes markierte allerdings zugleich den Höhepunkt der politischen Macht der Kriegsoferv, deren Einfluss in den folgenden Jahren aufgrund interner Konflikte und der zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Instabilität rapide abnahm.

Insgesamt eröffnet Ke-Chin Hsia mit seiner Studie eine neue Perspektive auf den Übergang vom Imperium zur Republik in Österreich und beleuchtet überzeugend das komplexe Wechselspiel zwischen politischen Eliten und Basisaktivisten in der Wohlfahrtsgesetzgebung. Die Studie trägt damit nicht nur zur österreichischen Sozialgeschichte bei, sondern liefert auch wertvolle Erkenntnisse über den Einfluss von Krieg, gesellschaftlichem Wandel und politischen Umbrüchen auf die Entstehung moderner Wohlfahrtsstaaten.

Ulrich Lappenküper / Wolfram Pyta (Hrsg.), *Entscheidungskulturen in der Bismarck-Ära*. (Otto-von-Bismarck-Stiftung. Wissenschaftliche Reihe, Bd. 32.)

Leiden, Brill 2024. 335 S., € 56,-. // DOI 10.1515/hzhz-2025-1152

Hans-Christof Kraus, Passau

Die Beiträge des Bandes versuchen Antworten auf die Frage zu finden, inwieweit sich diverse „Entscheidungskulturen“ auf die „Gestaltungsentscheidungen“ im Kaiserreich auswirkten und welche politischen und außerpolitischen Faktoren hierauf einwirkten. Wenn man von der heute vielfach geübten Überdehnung des – mittlerweile deutlich ins Uncharfe hinübergleitenden – allgegenwärtigen „Kultur“-Begriffs einmal absieht, tragen eine Reihe der Beiträge doch zu einer perspektivischen Erweiterung des Blicks auf das Kaiserreich bei; die bei manchen Autoren gegenwärtig wieder erkennbare Schwarz-Weiß-Zeichnung der Epoche 1871–1914 bleibt dabei erfreulicherweise ausgeschlossen. Wenn es nach einer Formulierung der Herausgeber darauf ankommt, „die Komplexität des politischen Systems entscheidungskulturell abzubilden“ (S. 10), dann kann man dies durchaus mit dem hier vorgestellten